



3. Dezember 2019

Arbeit im Landtag



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

das vorletzte Plenum vor Weihnachten hat sich traditionell der sogenannten 2. Lesung des jeweiligen Haushaltsgesetzes gewidmet. Die Haushaltspläne der jeweiligen Ministerien wurden in einzelnen Debatten diskutiert. Für uns als Oppositionsfraktion bedeutet das jede Menge Arbeit. Denn die Landesregierung investiert viel zu wenig in die Zukunft unseres Landes. In der Debatte fordern wir daher zum Beispiel mehr Mittel für Kommunen und Soziales.

- ⇒ Wir wollen u.a. **mehr Geld für Frauenhäuser, Studierendenwerke und Betreuungsvereine.**
- ⇒ Die **Integrationspauschale** soll **vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden.**
- ⇒ Mit 100 Millionen Euro wollen wir ein **kostenloses ÖPNV-Ticket für Kinder bis 14 Jahren** finanzieren.
- ⇒ Die Mittel für den **Kampf gegen Rechtsextremismus** sollen aufgestockt werden.
- ⇒ Und auch die unsäglichen **Straßenausbaubeiträge** gehören endlich **abgeschafft** und müssen vom Land übernommen werden.

Wir wollen eine Politik für die Vielen in unserem Land ermöglichen, nicht nur für die Wenigen.

Aus diesem Grund haben wir in diesem Plenum auch erstmals einen **Grundsatzantrag** eingebracht, mit dem wir den Weg für sozialen Fortschritt in NRW ebnen wollen. Damit legen wir eine Agenda für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode vor. Opposition ist immer Regierung im Wartestand. Diesen Anspruch wollen wir weiter untermauern. Wir reden viel über Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel in diesen Tagen. Aber wir reden viel zu wenig über soziale Ungleichheit in unserem Land. In Zeiten, in denen die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht, muss die Sozialdemokratie dafür sorgen, dass sie sich wieder schließt.

Es geht also darum, Verteilungsfragen wieder neu zu stellen. Es geht darum, soziale Interessen zu vertreten und „Partei zu ergreifen“: Für die echten Leistungsträgerinnen und Leistungsträger, im Betrieb, im Krankenhaus, auf dem Pizza-Fahrrad, im Büro, in der Lagerhalle, bei der Polizei, im Handwerk, in der Erziehung, für Lehrerinnen und Lehrer, für Maschinenführerinnen und Maschinenführer, für die Frauen und Männer, die für uns alle fahren, putzen, kochen und reparieren, die erfinden, entwickeln und bauen, unser aller Leben lebenswert machen.

Für die Vielen, nicht die Wenigen!

Erfolgsmodell Mindestlohn ausbauen – eine Erhöhung auf 12 Euro ist Pflicht

Den gesetzlichen Mindestlohn gibt es in Deutschland mittlerweile seit über fünf Jahren. Ein Zeitraum, in welchem er sich als Erfolgsmodell behaupten konnte. Vom Mindestlohn profitieren die Vielen und nicht die Wenigen. Wir verdanken ihn der guten Zusammenarbeit von SPD und den Gewerkschaften. Union und FDP haben immer gegen eine Einführung des Mindestlohns gekämpft und den volkswirtschaftlichen Untergang Deutschlands beschworen. In der Debatte zu unserem Antrag räumten sie zwar ein, dass der Mindestlohn nicht zum Arbeitsplatzabbau geführt habe. Unserer zentralen Forderung den gesetzlichen Mindestlohn auf mindestens 12 Euro zu erhöhen, folgten sie aber trotzdem nicht. Das sei Sache der Kommission. Dabei hatte der NRW Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) gegenüber der Presse die Entwicklung des Mindestlohns als „beschämend“ bezeichnet und ebenfalls eine Erhöhung des Mindestlohns gefordert.

Drucksache 17/7915



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Ein Haus für die Geschichte Nordrhein-Westfalens

„Demokratie, Vielfalt, Wandel“, drei Schlagworte, welche Nordrhein-Westfalen perfekt beschreiben. Diese Leitworte sollen auch das „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ charakterisieren. Die rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts soll unter diesem Namen in der Landeshauptstadt Düsseldorf die Vergangenheit, Entstehung und Entwicklung des größten Bundeslandes Deutschlands aufarbeiten und erfahrbar machen. Gemeinsam mit CDU, FDP und Grünen haben wir einen Gesetzentwurf zur Errichtung einer Stiftung „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ in den Landtag eingebracht.

Drucksache 17/7904

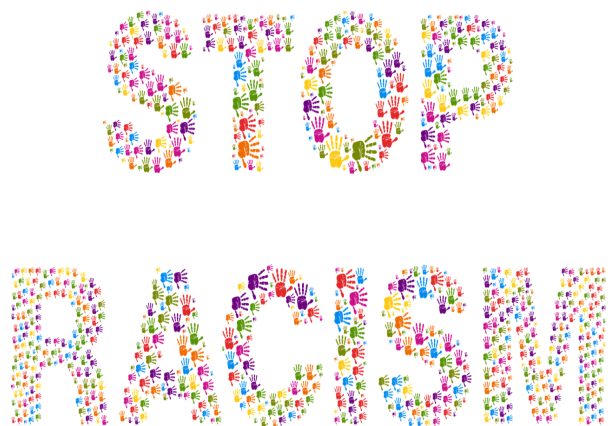


Urheber: www.pixabay.com / jorono

Rassismus und Diskriminierung bekämpfen!

„Mehmet“ muss sich vier Mal häufiger bewerben als der gleichqualifizierte „Martin“. Für Familie „Öztürk“ ist die Wohnung bereits vergeben, während Familie „Schmitz“ eine Einladung zur Besichtigung erhält. Derartiger Missstand macht auch vor unserem Bildungssystem keinen Halt. Schülerinnen und Schüler erhalten aufgrund ihres Namens beispielsweise schlechtere Noten. Diese und viele weitere Formen von Diskriminierung und Rassismus sind in Deutschland Realität. Sie sind nicht nur eine Bedrohung für die Opfer sondern auch für die Gesamtgesellschaft. Sie bedrohen ein friedliches Zusammenleben und stehen in einem krassen Kontrast zu einer offenen und demokratischen Grundordnung. Die Arbeit der bereits bestehenden 13 Servicestellen gegen Diskriminierung wollen wir durch neue Rahmenbedingungen strukturell verbessern. Wir fordern in einem Antrag für das kommende Plenum, eine landesweite Koordinierungsstelle gegen Rassismus und Diskriminierung in NRW einzurichten.

Drucksache 17/7913



Urheber: www.pixabay.com / Ohmydearlife

Die Zeit drängt: Runder Tisch gegen Lehrermangel und für Bildungsrechtigkeit!

Dass die Bewältigung des Lehrkräftemangels eine Herkulesaufgabe ist, war erwartbar und wird immer deutlicher. Ersichtlich wird auch, dass diese Aufgabe nur gemeinsam mit allen Akteuren aus dem Schul- und Bildungswesen sowie den Fraktionen, Lehrgewerkschaften, Bildungswissenschaftlern, Landesschüler- und Landeselternschaften zu bewältigen ist. Die aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Versorgungslage an unseren Schulen dramatischer ist als bisher angenommen wurde. Allein an den Grundschulen fehlen bis 2025 über 26.000 Lehrkräfte. Lösungsmöglichkeiten und Maßnahmen müssen mit allen Beteiligten erarbeitet werden. Dazu hat die SPD-Fraktion im letzten Plenum einen Antrag eingebracht.

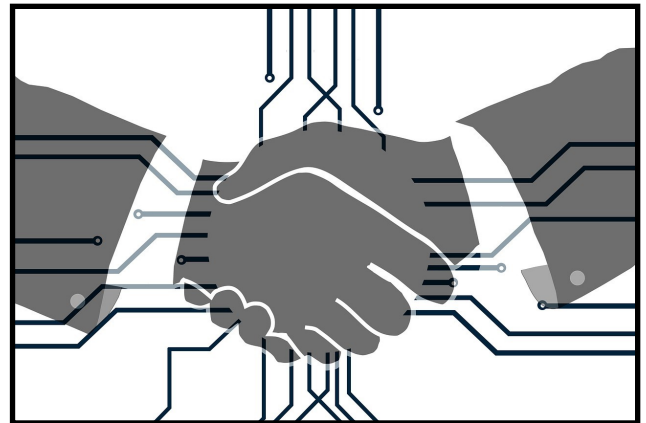


Urheber: www.pixabay.com / geralt

Drucksache 17/7541

Digitaler Fortschritt muss immer auch sozialer Fortschritt sein

Die tiefgreifenden Veränderungen, für die die Digitalisierung in unserer Gesellschaft sorgt, dürfen nicht dazu führen, dass Menschen abgehängt werden. Die Digitalisierung muss das Leben der Menschen erleichtern, nicht komplizierter machen. Besonders die Themenfelder Bildung, Arbeit und Teilhabe sind dabei von besonderer Bedeutung. Auch der flächendeckende Ausbau einer glasfaserbasierten Infrastruktur muss massiv beschleunigt werden. Der digitale Wandel muss im Zeichen des sozialen Fortschritts für die Menschen stattfinden, ohne dass Menschen auf der Strecke bleiben.

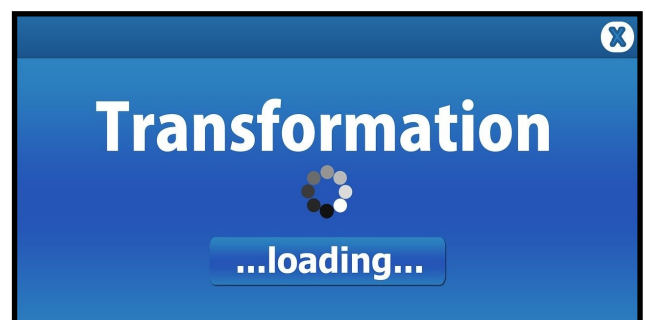


Urheber: www.pixabay.com / geralt

Drucksache 17/7882

Die Chancen der Digitalisierung in der Pflege flächendeckend und schneller nutzen!

Pflege ist eine Beziehung von Mensch zu Mensch. Die Digitalisierung bietet aber gerade in der Pflege die Chance, Pflegekräfte zu entlasten und so mehr zeitliche Spielräume für eine qualitativ gute Pflege zu schaffen. Elektronische Pflegedokumentation, Technische Assistenzsysteme, Telecare und Robotik sind vier Anwendungsfelder der modernen Technologien, die in der Pflege bis heute nur vereinzelt eingesetzt werden, aber dringend noch weiter ausgebaut werden müssen. Deshalb muss die Landesregierung neue Initiativen und Antworten entwickeln, damit die Digitalisierung in der Pflege in NRW schneller, sektorenübergreifend und flächendeckender voransteht.



Urheber: www.pixabay.com / geralt

Drucksache 17/7881

Wahlkreisarbeit



In der letzten Woche hat der Bundestag beschlossen, dass die Bundesländer auch in den Jahren 2020 und 2021 finanziell bei den Aufgaben der Integration unterstützt werden. Für NRW bedeutet das eine Integrationspauschale von 151 Millionen Euro, allein 2020. Die Landesregierung weigert sich allerdings, dieses Geld an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Sie gefährdet damit die erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort. Obwohl die kommunalen Spitzenverbände auch eine Weiterleitung fordern, haben CDU und FDP einen entsprechenden Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt.

Dazu erklärt Heike Gebhard, Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen: „Durch das Vorgehen von CDU und FDP entgehen der Stadt Gelsenkirchen rund 2,3 Millionen Euro. Ich konnte meinen Ohren kaum trauen. Im Haushalts- und Finanzausschuss hat Finanzminister Lienenkämper tatsächlich behauptet, dass es die Integrationspauschale nicht mehr gibt. Das ist nicht nur ein schlechter Scherz, sondern kostet uns bares Geld.“

„Damit brechen die CDU und ihr Landesvorsitzender Armin Laschet ein zentrales Wahlkampfversprechen zur Unterstützung der Kommunen bei ihren Integrationsaufgaben. Neben zusätzlichen Schwierigkeiten im Haushalt der Stadt, sind die Leidtragenden die vielen Engagierten in Gelsenkirchen, die nun auf keine finanzielle Unterstützung mehr zählen können“, **ergänzt Sebastian Watermeier.**

Vorlesetag 2019: Watermeier liest in der AWO-Kita Brückenstraße



Urheber: Gianluca Bruno

Zum 16. Mal hieß es bundesweit „Vorlesen!“. Im Rahmen des "Vorlesetags" besuchte Sebastian Watermeier die Kinder der AWO-KiTa an der Brückenstraße in der Gelsenkirchener Feldmark. "Irgendwie anders", so heißt das vorgelesene Kinderbuch von den Autoren Kathryn Cave und Chris Ridell, und vermittelt auf eine herzliche Art und Weise, dass es gar nicht schlimm ist anders zu sein. Gibt es überhaupt ein „Normal“?

Die Kleinen haben die Geschichte sehr interessiert und aufmerksam verfolgt. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten für den herzlichen Empfang und den schönen Nachmittag.

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Weltweit mussten und müssen Millionen Frauen und Mädchen Gewalt erleben. Ihnen gedenken wir in dieser Woche anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen!

Kostenlos und anonym, rund um die Uhr über 365 Tage im Jahr: Das Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen bietet betroffenen Frauen, Angehörigen, Freundinnen und Freunden Unterstützung.

<http://www.hilfetelefon.de> oder 08000 116 016



Urheber: SPD-Landtagsfraktion NRW

Sebastian Watermeier ruft zur Teilnahme am Schulwettbewerb „Zukunft NRW – Was bedeutet die Landesverfassung für uns?“ auf

70 Jahre alt wird die nordrhein-westfälische Landesverfassung im kommenden Jahr. Anlass genug die Bedeutung der Verfassung mal genauer unter die Lupe zu nehmen. Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 10 sind angehalten sich mit den Leitlinien der Verfassung auseinanderzusetzen und in einem fünfminütigen Video der Frage nachzugehen: „Was bedeutet die Landesverfassung für uns?“. Themenschwerpunkte können **Demokratie, Meinungsfreiheit und Toleranz, Identität und Heimat** oder **Umwelt** sein.

Die Gewinnervideos erhalten Preisgelder (Platz 1: 1.500 Euro, Platz 2: 1.000 Euro, Platz 3: 500 Euro) und werden zum Verfassungsjubiläum am 18. Juni 2020 im Landtag präsentiert. Einsendeschluss ist der 30. April 2020. Die fertigen Videos können auf der Seite des Landtags hochgeladen werden: www.landtag.nrw.de. Auf der Homepage sind auch die Teilnahmebedingungen sowie alle weiteren Informationen zu finden.

„Ein tolles Angebot für die Schülerinnen und Schüler sich auf spielerische Art und Weise mit der Landesverfassung auseinanderzusetzen. Ich freue mich auf die Ergebnisse der teilnehmenden Gelsenkirchener Schulen“, so der Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier.



Urheber: Privat

Landtagsabgeordnete aus Emscher-Lippe diskutieren Potenziale von Wasserstoff für die Region

Heike Gebhard und Sebastian Watermeier waren gemeinsam mit ihren Landtagskollegen Michael Hübner (Gladbeck), Carsten Löcker (Herten) und Thomas Göddertz (Bottrop) zu Gast bei Joachim Beyer und Bernd Groß, den Geschäftsführern der WiN Emscher-Lippe GmbH.

Im Mittelpunkt des Treffens stand die Frage, wie die Potenziale von Wasserstoff sowohl in der Antriebstechnologie, als auch im Bereich der Energieversorgung für die Emscher-Lippe-Region genutzt werden können. Als Industriestandort hat die Region mit ihrer bestehenden Infrastruktur bereits eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung.



Urheber: Daniel Schlieffe

Heike Gebhard zu Gast beim Schulsanitäterdienst-Tag der Johanniter

In Düsseldorf Eller fand der diesjährige Schulsanitäterdienst-Tag der Johanniter Unfallhilfe statt. 540 Gäste versammelten sich unter dem Motto „Dat hat wat mitn Herz zu tun!“ in der städtischen Dieter-Forte-Gesamtschule.

In ganz Nordrhein-Westfalen engagieren sich rund 2600 aktive Schülerinnen und Schüler in 134 Schulsanitäter-Dienstgruppen.

Allein 530 SchulsanitäterInnen gibt es an verschiedenen Schulen im gastgebenden Verband Rhein-Ruhr—im Regionalverband Ruhr-Lippe sind es 205.

Jedes Jahr passieren in Deutschland an Schulen, auf Klassen-



Urheber: Privat

fahrten oder in Ferienfreizeiten rund 1,3 Millionen Unfälle. Dementsprechend freut sich die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard über das Engagement der Kinder und Jugendlichen: „Sowohl bei kleineren, als auch bei größeren Unfällen ist es gut, dass auch Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, kompetent Erst-Hilfe zu leisten. Die Johanniter-Jugend und die aktiven Schülerinnen und Schülern leisten hier eine sehr wichtige Arbeit.“



Urheber: privat

Heike Gebhard gratuliert dem Max-Planck-Gymnasium zur Zertifizierung als Europaschule

Am 25. November fand die 10. Jahrestagung der Europaschulen in NRW statt. Bei der Feierstunde im Plenarsaal des Landtags NRW wurde auch das Max-Planck Gymnasium, welches im Wahlkreis der Landtagsabgeordneten Heike Gebhard liegt, als Europaschule zertifiziert. Durch ein breites Angebot an Fremdsprachen, der Integration des Europäischen Gedankens in den Unterricht und in das gesamte Schulleben qualifizierte sich das Max-Planck-Gymnasium als eine von landesweit 227 Europaschulen. „Ich gratuliere Frau Latzke und dem Schulleiter Herrn Henrichs stellvertretend für die ganze Schule. Sie haben sich diese Auszeichnung durch ihr großartiges Engagement verdient“, freut sich die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard.



Urheber: Landtag NRW

[LANDTAGSTALK]
NRW
DIE FRAKTION
SPD

#DatenwendeNRW

Wem gehören unsere Daten?

E-SCOOTER, PARK-APPS, SOCIAL MEDIA – WEM GEHÖREN UNSERE DATEN?

EINLADUNG

DIENSTAG · 10. DEZEMBER 2019 · 18.30 UHR

LANDTAG NRW · SPD-FRAKTIONSSAAL / E3D01 · PLATZ DES LANDTAGS 1 · 40221 DÜSSELDORF

**Hier geht's zur
Anmeldung!**

Heike
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian
Watermeier